

Die Gewissheit von Kapitulation und die Fortsetzung der Konflikte

Am Dienstag 24. November sprach Ali Khamenei auf einer Sitzung mit den Verantwortlichen der drei Gewalten sowie anderen Mitgliedern des Obersten Rats für die Wirtschaftskoordination über die Wirtschaft und bezeichnete sie als das "Hauptthema des Landes".

Einst hatte Khomeini gesagt, die "Wirtschaft ist etwas für Esel". Die tiefgreifende Wirtschaftskrise und der Druck der Sanktionen, die das herrschende Regime in die Enge getrieben und seine Wirtschaft am Rande des Zusammenbruchs geführt haben, scheinen wohl die Weisheit von Khomeini ausgelöscht zu haben. Khamenei sprach über die wirtschaftlichen Probleme und der Ausweg aus dieser Situation. Die Sanktionen wurden

► 2

Frankreich: Massenproteste gegen Polizeistaats-Gesetz und soziale Ungerechtigkeit

Am 28. November fanden Demonstrationen für Pressefreiheit und gegen Polizeigewalt sowie soziale Ungerechtigkeit in 100 Städten in Frankreich statt. Laut Veranstalter sollen landesweit mehr als eine halbe Million Menschen an den Protesten teilgenommen haben.

Neben den Journalistenvereinigungen, Menschenrechtsorganisationen, den Linksparteien hatten auch einige französische Gewerkschaften (CGT, FSU, SUD Solidaires, FO und Journalistenverbände der CDFT) zu dem Protest aufgerufen.

Die Protestierenden forderten den Verzicht auf das neue umstrittene globale Sicherheitsgesetz. Das neue Sicherheitsgesetz soll die Polizei

► 4



In dieser Ausgabe:

- Die Gewissheit von Kapitulation und die Fortsetzung der Konflikte
- Frankreich: Massenproteste gegen Polizeistaats-Gesetz und soziale Ungerechtigkeit
- Corona-Pandemie im Iran und das tödliche Scheitern der islamischen Republik

Die Gewissheit von Kapitulation...

als "eine bittere Realität" bezeichnet und er erklärte, was die praktische Lösung aus seiner Sicht sei.

Für die "Heilung von Sanktionen" skizzierte er zwei Optionen: zum einen die "Neutralisierung und Überwindung von Sanktionen" und zum anderen "die Aufhebung von Sanktionen". Bezüglich der ersten Lösung sagte er : " wenn wir uns bemühen und Initiative zeigen und vor Schwierigkeiten standhaft bleiben, können wir die Sanktionen überwinden und die andere Seite wird feststellen, dass diese unwirksam sind, dann werden sie schrittweise aufgehoben".

Die iranische Bevölkerung hat vor allem in den letzten drei Jahren, seit die Sanktionen verschärft wurden, oft genug festgestellt, dass es sich bei innovativen Lösungen der Regierung um absurde Behauptungen handelt. Daher werden solche Äußerungen auch nicht ernst genommen.

Die Hauptbotschaft und zugleich die zweite Lösung lautet "die Aufhebung von Sanktionen". Er sagte dazu : " Wir haben diesen Weg der Aufhebung der Sanktionen durch Verhandlungen bereits getestet, aber er war erfolglos" und fügt hinzu " den Ausländern (Fremden) kann man nicht vertrauen und darauf hoffen, dass sie sich öffnen". In der Tat beschreibt er aus seiner Sicht den einzigen Ausweg für die islamische Republik und erteilt zugleich die Erlaubnis, zur Aufhebung der Sanktionen zu verhandeln.

Einen Tag später äußerte sich Hassan Rouhani auf der Kabinettsitzung optimistisch darüber , dass die Lösung der Differenzen mit den USA

nach dem Ende der Trumps Präsidentschaft "einfach" sein könnte. Er sagte : " die Politik der islamischen Republik Iran, wie wir wiederholt betont haben, beruht auf gegenseitige Verpflichtung und Maßnahmen, Abbau von Spannungen und gegenseitiger Respekt gegenüber internationalen Verpflichtungen. Wenn die nächste US-Regierung diesen Willen hat, wird es meiner Meinung nach einfach, Probleme zu lösen."

Rouhani erklärt dasselbe Thema mit anderen Worten. Als oberster Führer muss Khamenei seine Zustimmung so äußern, dass er sich später der Verantwortung entziehen kann, falls diese Politik fehlschlagen sollte. Trotzdem öffnet er den Weg für Verhandlungen, was in den deutlichen Äußerungen von Rouhani sichtbar wird. Es geht bei dieser Feststellung nicht darum zu sagen, dass es keine Unterschiede zwischen den Ansichten von Khamenei und Rouhani gibt. Die islamische Republik befindet sich in einer derart ausweglosen Situation, so dass diese Unterschiede bis in den höchsten Positionen verborgen werden und keine Rolle spielen. Der einzige Ausweg ist trotz aller Differenzen Verhandeln.

Die Bereitschaft für Verhandlungen für die Aufhebung von Sanktionen bedeutet noch lange nicht, dass es auch so kommen wird. Die Wahl von Joe Biden zum US - Präsidenten war der erste Schritt. In der aktuellen Situation herrschen sowohl in den USA wie auch im Iran andere Bedingungen und unterscheiden sich von Obama-Zeit, als das Atomabkommen zustande kam.

Obwohl Joe Biden die von Trumps

Die Gewissheit von Kapitulation...

Regierung eingeleiteten Maßnahmen gegenüber der islamischen Republik und den Ausstieg aus dem Atomdeal als falsch bezeichnet hat, wird es wohl ein Zurück zum alten Atomabkommen nicht geben. Auch die anderen am Atomabkommen beteiligten Länder, Frankreich, England und Deutschland, haben zwar den einseitigen US-Ausstieg aus dem Atomdeal kritisiert, sie haben ebenfalls die islamische Republik vor Verletzung ihrer Verpflichtungen aus dem Atomabkommen gewarnt und deren Einhaltung gefordert. In einer von CNN veröffentlichten Notiz äußert sich Biden über "intelligenteren Möglichkeiten, um den Iran unter Druck zu setzen". Darüber hinaus kritisieren sie die regionale Einmischung der islamischen Republik sowie ihr ballistisches Raketenprogramm. Hierbei herrscht Einigkeit zwischen den USA und Europa. Es ist davon auszugehen, dass auch Russland und China aus der Sicht ihrer eigenen Interessen diese Politik unterstützen würden.

Durch unterschiedliche Maßnahmen versucht die islamische Republik, sich eine bessere Verhandlungsposition zu verschaffen. Dazu gehören die Verletzung der Verpflichtungen aus dem Atomabkommen im Zusammenhang mit Urananreicherung und der Anzahl von Zentrifugen; der Versuch eine Atombombe zu erwerben; die Ausweitung des ballistischen Raketenprogramms und Raketentests; Intensivierung und Ausweitung der regionalen Einmischung, wie in Irak, Syrien, Libanon und Jemen.

Die Ermordung vom iranischen Atomphysiker Mohsen Fakhrizadeh am 27. November durch einen Terroranschlag zeigt, wie anfällig

dieses Programm ist.

Die Wahrheit ist, dass die Bedingungen und das Kräfteverhältnis keinesfalls im Interesse der islamischen Republik sind. Die Existenz der islamischen Republik ist ernsthaft gefährdet. Um das eigene Überleben sicherzustellen, muss die islamische Republik Zugeständnisse machen. Sie hat gar keine andere Wahl.

In Fragen des Atomprogramms, das ist auch die Vorgabe von Khamenei, darf verhandelt werden und hier wären Zugeständnisse nicht Neues. Die islamische Republik ist bereit, zu dem Stand des Atomabkommens zurückzukehren. Aus der Sicht der islamischen Republik reicht die Aufhebung eines Teils der Sanktionen, beispielsweise im Bereich Handels- und Bankgeschäfte aus, um aufs Niveau von Atomabkommen zurückzukehren.

Auch Zugeständnisse im Bereich des Raketenprogramms können nicht ausgeschlossen werden. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der islamischen Republik ist sehr kritisch und sie befindet sich in einem tödlichen Dilemma. Trotzdem wird sie ohne dass Zugeständnisse gemacht werden, die den Status der Sanktionen ändern und ihre finanzielle Lage verbessern, nicht zurückweichen.

Die rote Linie für Zugeständnisse durch die islamische Republik ist ihre Außen- und panislamische Expansionspolitik.

Wenn nicht unmöglich, es scheint aber recht unwahrscheinlich, dass in der gegenwärtigen Situation die islamische Republik in dieser Hinsicht einen Rückzug startet. Es sei denn, die islamische Republik würde ihre bisherige

Die Gewissheit von Kapitulation...

Funktion in Frage stellen.

Es ist klar, dass die islamische Republik Zugeständnisse machen und in bestimmten Rahmen kapitulieren wird. Es ist wahrscheinlich, dass die Differenzen des Regimes mit den USA und Europa teilweise abgebaut werden. Das große Problem, nämlich die Außenpolitik der islamischen Republik wird bestehen bleiben.

Daher ist die Fortsetzung der Konflikte der islamischen Republik mit den USA und Europa sicher.

Artikel aus KAR 897, November 2020

Frankreich: Massenproteste...

stärken und u. a. das Filmen von Polizist:innen in "schädigender Absicht" verbieten.

Innerhalb einer Woche wurden zwei Videos veröffentlicht, die die brutale Polizeigewalt gegen Geflüchtete sowie gegen den schwarzen Musikproduzenten Michel Zecler zeigen. Während die Regierung durch den Gesetzentwurf die Polizei besser schützen will, wird aus der Sicht der Kritiker die Pressefreiheit gefährdet.

Infolge dieser Proteste kündigte die Regierung an, dass das bereits von der Nationalversammlung verabschiedete Gesetz geändert bzw. überarbeitet werden soll. Das ist sicherlich ein wichtiger Erfolg für die

► 5



Frankreich: Massenproteste...

Protestbewegung.

Polizeigewalt wird nicht zum ersten Mal in Frankreich thematisiert. Auch bei den "Gelbwesten" Protesten wurden zahlreiche Fälle von brutaler Polizeigewalt dokumentiert und veröffentlicht.

Weitere Themen in diesem Zusammenhang sind Rassismus, rassistische Gewalt, und Racial Profiling durch französische Polizei. Genauso wie in anderen europäischen Ländern ist das Thema institutioneller Rassismus ein Teil des öffentlichen Diskurs. Auch in Frankreich wird rassistische Polizeigewalt verleugnet, auf Einzelfälle und Ausnahmen reduziert und

systematisch verharmlost.

Die herrschende Klasse in allen kapitalistischen Ländern bezeichnet die Polizei als "Beschützer der Sicherheit der Bürger:innen". Auch wenn in "ruhigen" Zeiten manche das glauben sollten, zeigt sich während ökonomischer, sozialer und politischer Krisen, dass die eigentliche Rolle und Aufgabe der Polizei darin besteht, die bestehende ökonomische Ordnung und die Interessen der herrschenden Klasse zu schützen und die protestierenden Massen zu unterdrücken.

Die Proteste in Frankreich richten sich eigentlich nicht nur gegen Angriffe auf Pressefreiheit und Demonstrationsrecht und gegen Polizeigewalt, sondern auch gegen die Ausweitung von



Frankreich: Massenproteste gegen...

sozialer Ungerechtigkeit, gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Das Scheitern der neoliberalen Politik und die Vertiefung der strukturellen Krisen des Kapitalismus haben die Unzufriedenheit der Bevölkerung weiter verschärft.

Die wachsende Kluft zwischen Armut und Reichtum wird besonders heute sichtbar. Während durch die aktuelle Wirtschaftskrise, verschärft infolge der Corona-Pandemie, die Armut durch Jobverlust, Kurzarbeit etc. für die große Mehrheit der Bevölkerung wächst, hat sich an der Konzentration des Reichtums für eine kleine Minderheit nichts geändert und sie sind teilweise reicher geworden. Das treibt natürlich die betroffenen Menschen auf die Straßen.

Die Tatsache, dass trotz der Corona-Pandemie in Frankreich hunderttausende Menschen gegen Polizeigewalt und gegen soziale Ungerechtigkeit auf die Straße gehen, zeigt wie wichtig diese sozialen Themen sind.

Der Rückzieher der französischen Regierung zeigt, dass es durch organisierte Proteste immer wieder möglich ist, die eigenen Forderungen der herrschenden Klasse aufzuzwingen.

Für den Erfolg in jedem noch bevorstehenden Kampf gibt es keine Alternativen zur Einheit, Solidarität und Organisation.

Artikel aus KAR Nummer 898, Dezember 2020

Corona-Pandemie im Iran...

fanden noch die Parlamentswahlen statt.

Systematisch wurde die Corona-Pandemie verharmlost und heruntergespielt. Khamenei, der schon seit Monaten keine öffentlichen Auftritte hat, behauptete: "Das ist kein so großes Unglück" und forderte die Menschen auf, sich an Gott zu wenden und zu beten. Später sprach er von einem "biologischen Angriff".

Ruhani verglich die Corona-Infektion mit einer Grippe und behauptete "genauso wie wir eine schwere Grippe überstanden haben, werden wir auch Corona überstehen."

Später sagte er: "das ist der Plan und die Verschwörung unserer Feinde, durch Verbreitung von Angst in der Gesellschaft, das Land zum Stillstand zu führen."

Einige Tage später schloss er ein Lockdown kategorisch aus.

Die Antwort auf die Frage, warum der Iran von der Corona-Pandemie so hart getroffen wurde, sollte damit beantwortet sein. Der Grund liegt in der Politik der Herdenimmunität, die die islamische Republik von Anfang an verfolgt hat. Dafür müsste die Mehrheit der Bevölkerung (50 bis 70 Prozent) durch eine durchgemachte Infektion immun werden. Damit wurde durch das Regime der islamischen Republik in Kauf genommen, dass sich Millionen Menschen infizierten und Tausende ums Leben kamen .

Im Juli sprach Ruhani davon, dass bereits "25 Millionen Menschen mit dem Corona-Virus infiziert seien".. "wir müssen damit rechnen, dass sich 30 bis 35 Millionen Menschen infizieren werden."

Corona-Pandemie im Iran...

Die Warnungen und Empfehlungen von Ärztinnen und Ärzten sowie Wissenschaftler:innen wurden und werden vehement ignoriert. Auch die Erfahrungen von anderen Ländern im Umgang mit der Corona-Pandemie werden ebenfalls ignoriert.

Millionen Menschen sind, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage, gezwungen, täglich, in überfüllten Bussen und Bahnen, dicht nebeneinander, zur Arbeit zu fahren. Die islamische Republik hat keine Pläne und Maßnahmen, um die Versorgung der Bevölkerung im Falle eines Lockdowns sicherzustellen. Die Menschen haben gar keine andere Möglichkeit als weiterhin zur Arbeit zu gehen. Sie müssen für Lebensmittel, Medikamente, Miete... aufkommen.

Es werden unseriöse Hilfen angekündigt, die für große Mehrheit der Bevölkerung, die infolge von 41 Jahren islamische Republik der absoluten Armut ausgesetzt ist, keine Lösung darstellen.

Gleichzeitig wird, so unverfroren sind die Machthaber der islamischen Republik, die Bevölkerung selbst für die Ausbreitung des Virus und vielen Opfer verantwortlich gemacht.

Die iranischen Arbeiter:innen und anderen Werktätigen wissen jedoch ganz genau, wer für dieses Massaker verantwortlich ist.

Ende November wurde halbherzig für 150 Städte ein zweiwöchiger Lockdown angekündigt, um die drastisch steigenden Infektionen zu stoppen.

Die Corona-Pandemie hat darüber hinaus zu

einem Zusammenbruch des neoliberalen Gesundheitssystems im Iran geführt. Hunderte Ärztinnen und Ärzte sowie Pflegekräfte sind dem Corona-Virus zum Opfer gefallen. Die Arbeitsbelastung ist unbeschreiblich. Staatliche Krankenhäuser spielen in dem System eine untergeordnete Rolle, weil der private Sektor unglaubliche Gewinne erwirtschaftet.

Während der Pandemie müssen nach wie vor die Pflegekräfte für ausstehende Löhne und Gehälter sowie eine bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen Proteste organisieren.

Die einzige Lösung, um die Pandemie unter Kontrolle zu bringen, ist ein landesweiter kompletter Lockdown für mindestens vier Wochen. Dabei muss der Staat gewährleisten, dass alle Bedürfnisse von Familien einschließlich Miete etc. übernommen werden. Das gilt langfristig für alle Menschen, die arbeitslos geworden sind oder waren. Solche Maßnahmen ermöglichen, dass die Menschen nicht zur Arbeit gehen müssen. Erst dadurch kann einer Ausbreitung des Virus ernsthaft entgegengewirkt werden.

Die iranische Kapitalistenklasse und ihr politisches Regime haben gar nicht den Willen für eine ernsthafte Bekämpfung der Corona-Pandemie. Das, was sie gut beherrschen, sind Lügen und Leugnen, durch falsche Angaben Erfolge zu feiern und auf dreiste Art und Weise behaupten: "die ganze Welt ist verblüfft, wie gut die islamische Republik die Corona-Pandemie kontrolliert hat."

Artikel aus KAR Nummer 897, Dezember 2020

Corona-Pandemie im Iran und das tödliche Scheitern der islamischen Republik

Die tatsächliche Zahl der Corona-Opfer im Iran ist mindestens um das Vier- bis Zehnfache höher als offiziell angegeben wird. Das wird mittlerweile auch von offizieller Seite zugegeben. In den vergangenen Wochen sterben täglich über 400 Menschen an Covid-19. Seit Ausbruch der Pandemie ist die Kurve der Toten und Neuinfektionen steil nach oben gegangen.

Lange Zeit wurde, wie üblich bei den iranischen Machthabern, der Ausbruch der Corona-Pandemie geleugnet. Das Thema selbst wurde als eine Frage der nationalen Sicherheit bezeichnet und damit konnten diejenigen, die die Bevölkerung warnen wollten, verfolgt und mundtot gemacht werden.

Es steht nun fest, dass die Pandemie bereits im Januar ausgebrochen war. Die Tageszeitung "Jahan Sanat" veröffentlichte ein Interview mit dem Epidemiologen Mahboubfar, der dem Corona-Krisenstab der islamischen Republik angehört. Er sagte: "Bereits im Januar, also ein Monat vor der offiziellen Stellungnahme zum Ausbruch der Corona-Pandemie, registrierten wir den ersten Corona-Infizierten. Zu diesem Zeitpunkt schwieg die Regierung aus politischen und Sicherheitsgründen." Die Tageszeitung wurde wegen dieser Veröffentlichung (vorübergehend) geschlossen.

Noch im Februar, als es landesweit Tausende Corona-Infektionen gab, veranstaltete die Regierung die öffentlichen Feiern zum Jahrestag der islamischen Revolution. Am 21. Februar

► 6



Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist eine kommunistische Organisation, die für den Sturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft kämpft.

Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) kämpft für eine klassenlose Gesellschaft, in der jegliche Form der Ausbeutung, Unterdrückung, Benachteiligung und soziale Ungleichheit beseitigt sind, und wo alle freien und gleichberechtigten Mitglieder der Gesellschaft im Wohlstand und Glück leben und ihre Fähigkeiten entwickeln.

Das unmittelbare Ziel der Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist der Sturz der islamischen Republik Iran und die Errichtung der Sowjetrepublik der Arbeiter und Werktätige, die der Ausdruck der konsequentesten und vollständigsten Form der Demokratie ist. Sie wird die weitestgehenden politischen Freiheiten gewährleisten und in dem sie die demokratischen und das Gemeinwohl betreffende soziale Maßnahmen verwirklicht, die sozialistischen Umwälzungen beginnt.

Es lebe der Sozialismus

Kontakt

Organisation der Fedaian (Aghaliyat)

info@fadaian-minority.org

<https://fadaian-minority.org/index.php/deutsch/>

Auslandskomitee der Organisation der Fedaian (Aghaliyat)

ac.fadaian@gmail.com